



# ALTERNATIVE NACHRICHTEN GÜNZBURG KRUMBACH

Ausgabe 13  
Juli/August 2021

## SPEZIAL:

- **Wem dient Söder?**
- **Klimarat Günzburg**

## HOCHWASSERSCHUTZ

**Die Staatsregierung weigert sich bis heute, beim Hochwasserschutz entlang der Donau volle Transparenz zu gewährleisten. Das hat auch Auswirkungen auf Günzburg.**

Grundsätzlich ist es begrüßenswert und richtig, dass die Staatsregierung für den Hochwasserschutz Geld in die Hand nimmt. Das Problem ist jedoch, dass die Last der Schutzmaßnahmen sehr ungleich auf die betroffenen Regionen verteilt ist. Während manche Gemeinden in den Überschwemmungsgebieten - darunter auch Leipheim - durch riesige Flutpolder erhebliche Eingriffe in die Landschaft erdulden müssen, werden andere Gemeinden vollständig vor Maßnahmen verschont. Das sorgt für großen Unmut bei den betroffenen Bürgern. Allein in Schwaben sind 7 Flutpolder (3 gesteuerte und 4 ungesteuerte) in Planung.

Flutpolder in der Oberpfalz und Oberbayern hingegen werden nicht weiter verfolgt. Ein unglaublicher Skandal der Staatsregierung.

Die Freien Wähler sollten in diesem Zusammenhang zeitnah erklären, warum sie die Polder Bertoldsheim, Eltheim und Wörthhof aus den Plänen zum Hochwasserschutz gestrichen haben. Hier steht bis heute der Verdacht im Raum, dass es dabei zu Mauscheleien mit den zuständigen Landräten kam. Es ist die Rede von Absprachen zulasten der flussaufwärts gelegenen Gemeinden. Der Hochwasserschutz darf aber nicht einseitig auf den Schultern nur weniger Kommunen lasten. Die Staatsregierung muss hier endlich Fairness und Transparenz gegenüber den Bürgern aufbieten. Der Polder Leipheim ist technisch unnötig.

## Weitere Themen:

- **Titel: Hochwasserschutz**
- **TOPTHEMA: Kommunen pleite**
- **80 Prozent falsch-positiv**
- **Islamunterricht an Schulen**
- **INFO: Neues Altenheim**
- **Ex-BND-Chef über Würzburg**
- **Selbstfliegende Drohnen**
- **Hackerangriffe in Günzburg**
- **Die gute Nachricht**

## TOPTHEMA: KOMMUNEN PLEITE

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Politik schlagen eine Schneise der Verwüstung in die Haushalte der deutschen Kommunen. Nach einer Auswertung der Bertelsmann-Stiftung werden den Gemeinden bald hohe Summen fehlen. Investitionen und dringend erforderliche Sanierungen drohen auszufallen. Insgesamt 23 Milliarden Euro fehlen demnach in den Jahren 2021 bis 2024. Der Grund dafür ist leicht erklärt: Die in Teilen unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen der Regierung haben ein großes Loch in den

im Bereich Infrastruktur einem Entwicklungsland. Was die Netzabdeckung beim Mobilfunk angeht, liegt Deutschland hinter Ländern wie Polen oder Albanien. In deutschen Hörsälen tropft es nicht selten von der Decke. Kurz gesagt: Bei der Versorgung der Bevölkerung wird jeder Euro zweimal umgedreht. Geht es aber um milliardenschwere Bankenrettungen oder Steuergeschenke an Großkonzerne, spielt Geld plötzlich keine Rolle mehr. Diese Politik wird sich schon bald rächen, denn ohne funktionierende Infrastruktur kann



Staatshaushalt gerissen. Durch den Lockdown gingen die Steuereinnahmen stark zurück, während gleichzeitig die Ausgaben für teilweise überzogene Gesundheitsmaßnahmen stark anstiegen. Diese fatale Haushaltshage bleibt nicht ohne Folgen: In den nächsten Jahren wird kaum Geld für die Sanierung von Schulgebäuden, Brücken und technischer Infrastruktur da sein. Die Corona-Politik verschärft damit die Misswirtschaft der Regierung, die unsere Infrastruktur seit vielen Jahren systematisch herunterkommen lässt. Bayern gleicht nach jahrzehntelanger CSU-Herrschaft

eine Industrienation im internationalen Wettbewerb nicht mithalten. Die Steuerausfälle infolge der Corona-Politik zwingen die Kommunen nun zu drastischen Einsparungen und es ist bereits jetzt absehbar, dass Deutschlands Infrastruktur deswegen weiter verfällt. Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass einige Unionspolitiker in der Krise in die eigene Tasche wirtschafteten und sich auf Kosten der Allgemeinheit bereicherten. Während die CSU das Land einerseits runterwirtschaftet, klingeln die Kassen bei so manchem Abgeordneten. Da fragt man sich schon: Geht's noch?

## Wem dient Söder?

Markus Söder hat die wissenschaftliche ständige Impfkommission (STIKO) aufgefordert, ihre Empfehlung zur Impfung von Kindern zu ändern. Das ist ein Skandal. Die STIKO kam aus gutem Grund zur Erkenntnis, dass die Risiken einer Impfung für Kinder größer sind als die Risiken einer möglichen Corona-Infektion. Sie empfahl deswegen, gesunde Kinder nicht gegen Corona zu impfen. Berufspolitiker Söder will das nicht akzeptieren und hat die STIKO nun öffentlich aufgefordert, ihre Empfehlung zu ändern. Diese Vorgehensweise wirft die Frage auf, wem der bayerische Ministerpräsident tatsächlich dient. Dient er den Menschen? Dann müsste er sich an die Warnungen eines wissenschaftlichen Gremiums halten. Oder dient er den Pharmakonzernen? Dann wäre sein aggressives Vorgehen gegen den Beschluss der STIKO erklärbar.

Eines steht jedenfalls fest: Um die Kinder scheint es Söder nicht zu gehen, denn die leiden seit 17 Monaten unter seiner Politik.





**„Eine Islamisierung findet nicht statt.“**

**...schreiben linksgrüne Journalisten gebetsmühlenartig seit 2015**

An bayerischen Schulen wird Islamunterricht als Wahlpflichtfach eingeführt. Die CSU-Fraktion im Landtag setzte dies durch – unter großem Beifall der Medien. Doch wehe, man spricht von einer schleichenden Islamisierung! Dann bekommt man es mit den obersten Tugendwächtern zu tun.

## 80 PROZENT FALSCH-POSITIV

Die Süddeutsche Zeitung berichtet, dass sich der Anteil falsch-positiver Ergebnisse bei Corona-Schnelltests in Hamburg in den vergangenen Wochen stark erhöht hat. Dieser lag in der ersten Mai-Woche bei etwas über der Hälfte, in der zweiten Juniwoche bereits bei 80 Prozent. Die getesteten Personen mit positivem Corona-Schnell-test waren nicht infiziert, wie aus der Antwort des Senats auf eine Anfrage der CDU hervorgeht. In den Wochen dazwischen stieg der Anteil der mittels PCR-Test festgestellten falsch-positiven Ergebnisse von 52 über 69 und 71 auf 75 Prozent.

Diese Zahlen belegen, dass die Schnelltests vollkommen unnütz sind und keinerlei Aussagekraft über ein Infektionsgeschehen haben. Dass die Kinder in den Schulen trotzdem nach wie vor mit den untauglichen Tests getestet werden und die falsch-positiven Ergebnisse dann die Inzidenz künstlich steigern, ist ein Skandal. Mittlerweile sollte jedem klar sein, dass das ständige Testen die Inzidenz nach oben treibt und damit wiederum neue Maßnahmen begründet werden. Dieser sinnlose Irrsinn muss endlich ein Ende finden.

## ISLAMUNTERRICHT AN SCHULEN

Als mit der ungesteuerten Massenzuwanderung ab 2015 die Debatte um den Islamismus in Deutschland begann, hieß es aus Regierungskreisen stets: „Eine Islamisierung findet nicht statt.“. Heute, wenige Jahre später, wird an bayerischen Schulen aufgrund eines Beschlusses des Landtags nun der Islamunterricht eingeführt. Bemerkenswert dabei ist: Die Kritik in den Medien dreht sich nicht etwa um die Frage, ob Islamunterricht an bayerischen Schulen überhaupt eine gute Idee ist. Vielmehr debattieren

linksgrüne Journalisten nur darüber, ob der Unterricht wohl auch richtig ausgestaltet wird und wegen falschen Inhalten womöglich zu Konflikten mit muslimischen Verbänden führen könnte. Doch auch die Politik ist nicht ein bisschen kritischer. Es zeigt sich einmal mehr, dass alle Altparteien konservative Werte mit Füßen treten. Dass der Beschluss im Landtag mit den Stimmen der CSU zustanden kam, ist deswegen nicht weiter verwunderlich. Franz Josef Strauß dreht sich im Grabe um.



## INFO: NEUES ALTENHEIM

Günzburg bekommt bald ein neues Altenheim. Die Pläne für einen Neubau des Wahl-Linderschen-Altenheims machen gute Fortschritte. Das neue Gebäude für das in die Jahre gekommene Heim soll in der Nähe der Georg-Simnacher-Stiftung bzw. beim Kreis- und Bezirkskrankenhaus neu errichtet werden. Einzelheiten des Planungsstands wurden den Mitgliedern des Stadtrats am

06.07. erläutert. Es ist begrüßenswert, dass hier Geld in die Hand genommen wird, um den Senioren ein komfortables und würdiges Zuhause zu bieten. Angesichts der demografischen Entwicklung in der Region ist es ohnehin wichtig, bereits jetzt tragfähige Konzepte für die Versorgung der Senioren zu erstellen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass man bereits

in wenigen Jahren ein weiteres Heim brauchen wird. Mittlerweile stehen auch die Baukosten des Neubauprojekts fest: Man rechnet mit rund 36 Millionen Euro. Doch hier ist jeder Euro gut investiert – ganz im Gegensatz zu anderen „Baustellen“ der CSU. Wer Geld für Klimaideologie, Genderwahn und Massenmigration ausgibt, sollte wenigstens auch Geld für Altenheime bereitstellen.

## EX-BND-CHEF ÜBER WÜRZBURG

„Das wird nicht der letzte Fall dieser Art sein.“ – mit diesen heftigen Worten kommentierte der ehemalige Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Gerhard Schindler, den brutalen Mehrfachmord auf offener Straße durch einen Somalier. Durch die brutale Messer-Attacke starben drei Frauen, sieben weitere Menschen wurden teils lebensgefährlich verletzt. Die

Morde in Würzburg mahnen einmal mehr, dass die Sicherheitspolitik der Bundesregierung für die eigene Bevölkerung zum lebensgefährlichen Risiko geworden ist. So darf es nicht weitergehen. Schindlers Vorschlag für Gegenmaßnahmen: „Will man das verhindern, dann braucht man eben eine schnelle und gute Integration oder eine rasche

Abschiebung. In beiden Bereichen sehe ich mehr Defizite als hoffungsvolle Ansätze.“. Schindler sagt damit das, was die AfD seit 2015 unablässig kritisiert. Doch wir werden es wohl nicht mehr erleben, dass die linksgrüne Bundesregierung sich auf das besinnt, was eigentlich ihre Pflicht wäre: Dem eigenen Volk zu dienen. Dieser Gedanke dürfte einer Merkel ziemlich fremd sein.

## SELBSTFLIEGENDE DROHNEN

Amazon will seine Pakete zukünftig mit Drohnen ausliefern. Die mit Kamera bestückten, autonom fliegenden Drohnen werden bereits in den USA getestet und könnten in Deutschland vor allem der Post Konkurrenz machen. Das 5G-Netz soll dabei zukünftig die Infrastruktur für die Ansteuerung der autonomen Fluggeräte bilden. Doch wollen wir hier in unserer schönen

Heimat einen großflächigen Einsatz von kamerabestückten Drohnen haben? Ist es erstrebenswert, wenn der gesamte öffentliche Raum permanent von fliegenden Lieferdrohnen gefilmt wird? Und was ist mit der Lärmbelästigung durch die lauten Fluggeräte? Es gibt also zahlreiche Argumente, die gegen einen großflächigen Einsatz von Drohnen im öffentlichen Raum sprechen. Auch wäre es aus

wirtschaftspolitischer Sicht verheerend, der Deutschen Post einen gewaltigen Wettbewerbsnachteil zu verschaffen, indem man Amazon die Zustellung von Lieferungen per Drohne gestattet. Die US-Digitalkonzerne werden in der Regulierung durch die EU bereits heute stark bevorzugt und man muss dieser verheerenden Entwicklung endlich einen Riegel vorschieben. Die Marktmacht von Amazon muss begrenzt werden.

## HACKERANGRIFFE IN GÜNZBURG

Die Zahl gefährlicher Hackerangriffe auf Unternehmen und Behörden nimmt zu – auch im Landkreis Günzburg. Im April wurde bekannt, dass die Gemeinde Kammeltal Opfer eines Hackerangriffs ist. Cyberkriminelle hatten versucht, die Gemeinde mit gestohlenen Daten und blockierten Rechnern zu erpressen. Ein sogenannter Trojaner hatte die Computer im Rathaus infiziert.

Ein weiteres Hacking-Opfer in Schwaben ist die Molkerei Ehrmann in Oberschöneck. Alle IT-gestützten Systeme waren nach Auskunft der Molkerei im Mai vorübergehend nur eingeschränkt verfügbar. Ehrmann hat daraufhin nach eigenen Angaben die digitalen Sicherheitssysteme verstärkt. Doch warum sind solche Sicherheitsmaßnahmen erforderlich? Und wie häufig kommen diese Angriffe vor? „Cyberangriffe passieren permanent, vielfach ohne dass

sie wahrgenommen werden“, sagt Lars Lippert von der Augsburger Baramundi Software AG. Die Dunkelziffer unerkannter Angriffe dürfte also erheblich sein. Die schweren Fälle von Cyberkriminalität werfen die Frage auf, ob eine vollständige Digitalisierung der Infrastruktur wirklich sinnvoll ist. Denn digitale Systeme sind nicht sicher zu betreiben, das beweisen die erfolgreichen Hackerangriffe jedes Mal aufs Neue. Selbst der Bundestag und das Handy der Kanzlerin wurden schon gehackt – warum strebt die Regierung dann eine vollständige Digitalisierung an? Deutschland macht sich mit einer kopf- und planlosen Digitalisierung angreifbar, zumal die verwendete Technologie nahezu vollständig von ausländischen Lieferanten kommt. Hier kann häufig nicht einmal geprüft werden, ob die Technik sicher ist, wie z.B. beim 5G-Ausrüster Huawei. Deutschland braucht dringend eigene Anbieter für kritische Infrastrukturen - sonst kommt eines Tages der große Blackout.

**„Cyberangriffe passieren permanent, vielfach ohne dass sie wahrgenommen werden.“**



## KLIMARAT GÜNZBURG

Die Stadt Günzburg will ein sogenanntes Leitbild für Klimaschutz erarbeiten. Darauf hat sich der „Klimarat Günzburg“ geeinigt. Damit schwenkt die Stadtverwaltung nun endgültig auf den gegenwärtigen Hype um die vermeintliche Rettung der Welt ein. Doch ist das wirklich das drängendste Problem in Günzburg? Und sollte die Stadt nicht eher überlegen, wie man die verheerenden sozialen Auswirkungen der Corona-Politik abfedern kann? Der sogenannte Klimaschutz bedeutet leider das Gegenteil, denn den gibt es nicht zum Nulltarif. Und das Letzte, was die Bürger aktuell brauchen, ist eine finanzielle Mehrbelastung. Der „Klimarat“ setzt also falsche Prioritäten.

## DIE GUTE NACHRICHT

Eine Kanzlerin Baerbock bleibt uns wohl erspart. Nachdem die Systemmedien die grüne Annalena in den letzten Monaten zum hippen Superstar hochgeschrieben hatten, kam nun der unsanfte Fall. Plagiatsvorwürfe in ihrem neuen Buch, Unregelmäßigkeiten bei Baerbocks Abschlussarbeit und dann noch ein mehrfach geschöner Lebenslauf...das alles wirft ein schlechtes Licht auf eine

Frau, die ernsthaft Bundeskanzlerin der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt werden will. Dass Baerbock auch rhetorisch nicht über die Maßen begabt ist und sich bei technischen Fragestellungen gerne mal bis auf die Knochen blamiert, macht die Sache nicht besser. Es ist deswegen wohl besser, dass der Hype um die dauergrüne Annalena nun vorerst vorbei ist. Doch wo

eine gute Nachricht ist, gibt es auch eine schlechte: Echte Alternativen sind leider nicht in Sicht. Doch schlimmer als mit Merkel kann es Deutschland wohl ohnehin nicht erwischen. Wir dürfen gespannt sein, was uns im Herbst erwartet. Doch ob es nun schwarz-grün oder grün-schwarz wird, ist am Ende gleichgültig: Denn alle Altparteien sind stramm auf ökosozialistischem Kurs.

## IMPRESSUM | V.i.S.d.P.

### ANSCHRIFT:

Gerd Mannes, MdL  
Max-Planck-Straße 1  
81675 München

### E-MAIL:

gerd.mannes@afd-landtag.bayern

### Bildnachweise:

Seite 2: Foto: Michael Lucan, Lizenz: CC-BY-SA 3.0  
([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2018-10-12\\_Markus\\_Söder\\_CSU\\_8341.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2018-10-12_Markus_Söder_CSU_8341.jpg)), „2018-10-12 Markus Söder CSU 8341“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

Seite 6: Guido Radig ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Maximilianeum\\_-\\_Frontseite\\_-\\_Panorama.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Maximilianeum_-_Frontseite_-_Panorama.jpg)), „Maximilianeum - Frontseite - Panorama“, Zusschnitt und Änderung auf S/W, <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/legalcode>

### TELEFON:

089 4126-3412

### Besuchen Sie mich unter:

[www.gerd-mannes.de](http://www.gerd-mannes.de)

[www.instagram.com/gerdmannes/](https://www.instagram.com/gerdmannes/)

[www.facebook.com/GerdMannes/](https://www.facebook.com/GerdMannes/)

[www.twitter.com/GerdMannesAfD](https://www.twitter.com/GerdMannesAfD)

